

Braucht es eine gesellschaftlich offensivere Deutschdidaktik?

Didaktik Deutsch

Halbjahresschrift für die Didaktik der deutschen Sprache und Literatur
28. Jahrgang 2023. Heft 55.

Copyright Dieser Artikel wird unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 veröffentlicht:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Die „Berliner Erklärung und Offener Brief gegen eine Verengung des Bildungsdiskurses“ (<https://offenerbriefbildungsforschung.wordpress.com/>), die sich kritisch mit den Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz zur Neuorientierung des Grundschulunterrichts auseinandersetzt und von vielen Deutschdidaktiker:innen unterzeichnet wurde, ist wohl eines der wenigen Beispiele für eine aktive Involvierung unserer Disziplin in aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten. Nicht selten nimmt man hingegen unter Kolleg:innen eine gewisse Frustration wahr, dass die Befunde der deutschdidaktischen Forschung nur in universitären Kreisen diskutiert werden, dass sie aber beispielsweise auf bildungspolitische Entscheidungen oder Empfehlungen (z. B. zu geeigneten Formen des Schriftspracherwerbs oder geeigneten Textformen und Aufgabenformaten in Lern- und Prüfungssituationen) einen relativ geringen Einfluss haben. Viel eher – so zumindest die Wahrnehmung – werden Expert:innen aus der Bildungsforschung gehört.

Während man also diesbezüglich von einer wenig erfolgreichen Wissenschaftskommunikation in der Deutschdidaktik sprechen könnte, gibt es zugleich gesellschaftliche Debatten, bei denen man sich fragt, ob sich Deutschdidaktiker:innen nicht aktiver einbringen sollten. Zu nennen wären hier neben der Debatte um einen gendersensiblen Sprachgebrauch die Diskussion um die Bearbeitung von Kinder- und Jugendbüchern, bei der als rassistisch und diskriminierend eingeschätzte Wörter ersetzt werden, oder die Frage, ob „Tauben im Gras“ von Wolfgang Koeppen als Pflicht-Lektüre im Abitur ethisch zu vertreten ist (<https://www.ndr.de/kultur/buch/Rassismuvorwurf-gegen-Tauben-im-Gras-Streit-um-Abi-Lektuere,koeppen110.html>). Ein weiteres Beispiel wäre die nicht ganz so lang anhaltende Aufregung um die Entscheidung des bayerischen Kultusministeriums, „Faust I“ nicht mehr als Pflichtlektüre vorzusehen. In diesen und ähnlichen Debatten positionieren sich Deutschdidaktiker:innen eher selten, und das, obwohl sie Substantielles beizutragen hätten.

Gegenstand der Debatte in Heft 55 von „Didaktik Deutsch“ soll deshalb die Frage sein, warum der deutschdidaktischen Forschung in gesellschafts- und bildungspolitischen Debatten verhältnismäßig wenig Relevanz beigemessen wird bzw. ob sich unsere Disziplin offensiver einbringen sollte und welche Formen und (medialen) Formate hierfür geeignet erscheinen. Dabei kann die hier vorgenommene Beschreibung aber auch kritisch befragt werden: Stimmt es überhaupt, dass die Deutschdidaktik zu wenig gehört wird bzw. sich zu selten oder zu verhalten von sich aus in gesellschaftliche und politische Debatten einbringt?